

Wie stabil ist Vietnams Autokratie?¹

Jörg Wischermann

Ich möchte hier auf Kritik an dem Stabilitätsbegriff von Schmidt² verzichten und mich, da Sie alle mehr an der aktuellen ökonomischen und politischen Verfasstheit Vietnams, vielleicht auch im direkten Vergleich mit Ländern wie Tunesien und Ägypten, interessiert sind, auf drei seiner Kriterien beschränken und auf der Grundlage meiner Befunde Ihnen drei Thesen zu der Frage anbieten: Wie stabil ist Vietnams Autokratie?

Ich beginne mit dem Kriterium „Legitimität der Herrschaft“ – also der Frage, ob und in welchem Maße die Herrschaft der seit 1945/1956 im Norden Vietnams und seit 1975 in ganz Vietnams alleine herrschenden Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) von der Bevölkerung akzeptiert wird. Diese Alleinherrschaft hat sich die KPV auch in Art. 4 der seit 1992 gültigen und seitdem nur marginal veränderten Verfassung schreiben lassen.

Die Akzeptanz der Herrschaft der KPV beruht wesentlich auf zwei Faktoren: Zum einen der Garantie eines wachsenden wirtschaftlichen Wohlstands und zum anderen der nationalen Unabhängigkeit – insbesondere der gegenüber dem großen „Bruder“ China (der das Land rund 1000 Jahre besetzt gehalten hatte und der auch heute noch manchmal den Eindruck erweckt, dass das kleine Land im Süden Chinas lediglich eine abtrünnige Provinz des großen Chinas sei), aber auch gegenüber Großmächten wie den USA.

¹ Überarbeitete Version eines am 20.04.2011 in Hamburg gehaltenen Vortrags im Rahmen des GIGA-Forums „Wie stabil sind Asiens Autokratien?“.

² Nach meiner Meinung weist Schmidts Definition der Stabilität autoritärer Regime und sein Kriterienkatalog erhebliche Schwachstellen auf. Entscheidend scheint mir zu sein, dass die Definition und der Kriterienkatalog „demokratische“ Maßstäbe und die Folie formaler Institutionen und deren effizienter Wirkungsweise zu Grunde legt oder dass beides jedenfalls nicht auf von Demokratien unterschiedenen Spezifika autoritärer Regime aufruft; dass nahezu jedes Kriterium Fragen nach dessen Definition aufwirft (was ist beispielsweise „eine ausreichende Legitimität“? und was ist „eine entsprechende politische Kultur“?); dass er ausschließlich auf Institutionen und Organisationen fokussiert und sich nicht der Frage nach der Bedeutung von wertebezogenen Vorstellungen, moralischen Vorstellungen und Empfindungen oder den „habits of the hearts“ (Tocqueville) der Bevölkerung in autoritären Staaten stellt. Schmidt, Siegmar (2003): "Theoretische Überlegungen zum Konzept 'Politische Stabilität', in: Sigrid Faath (Hg.): *Stabilitätsprobleme zentraler Staaten: Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und die regionalen Auswirkungen*, Hamburg: Deutsches Übersee-Institut, S. 9-39.

Diese Garantie, wirtschaftlichen Wohlstand für möglichst viele VietnamesInnen (dem Anspruch nach ist die KPV ja immer noch sozialistisch orientiert und deswegen hat man immer noch, zumindest auf dem Papier, den Anspruch, Reichtum egalitär zu verteilen) zu schaffen, ist das Ergebnis einer krisenhaften Situation am Ende der 1980er-Jahre. Damals endete der Versuch, den Sozialismus landesweit zu etablieren, mit einer grausamen wirtschaftlichen Krise: Es drohte eine Hungersnot und es gab eine nahezu 1000prozentige Inflation. Viele Bauern und auch die Staatsbetriebe hatten aber bereits reagiert, aus der Not heraus und des eigenen Überlebens willen, und Formen privaten Wirtschaftens entwickelt. Diese Formen wurden 1986 auf einem später als Reformparteitag bezeichneten Konklave der Partei als unumgänglich anerkannt, die Partei setzte sich gewissermaßen an die Spitze der Bewegung und er hob die wirtschaftlichen Reformen zum parteieigenen Dogma. Später erhielt das, was man nunmehr anstrebte, das Siegel „Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung“ – ein begriffliches Ungeheuer, das bis heute nicht definiert worden ist.

„Doi moi“ oder die seit Mitte der 80er-Jahre parteioffiziell eingeleitete „Politik der Erneuerung“ enthält einen „stillen Konsens“ zwischen Herrschenden und Beherrschten. Dieser besagt, dass das Volk die regierenden Kommunisten politisch gewähren lässt und dafür wirtschaftlich Betätigungsfreiheit erhält. Die Partei und die von ihr gestellte Regierung und Staatsadministration versprechen wiederum, die wirtschaftliche Entwicklung nach Kräften zu fördern oder ihr zumindest nicht im Wege zu stehen. „Euch die politische Macht, und zwar ungeteilt, uns die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit“, so könnte man den Ende der 80er-Jahre eingegangenen Tauschhandel beschreiben.

Diese wirtschaftliche Entwicklung verlief in den 90er-Jahren und den Jahren 2000-2008 weitgehend erfolgreich – es gelang die Armut (das heißt den Anteil derjenigen, der von weniger als 1 Dollar pro Tag leben muss) von rund 53% der Bevölkerung im Jahre 1993 auf heute rund 10-15% zu reduzieren. Seit 2009 ist Vietnam ein so genanntes „middle income country“, das heißt der Durchschnittsverdienst der VietnamesInnen liegt bei bzw. über 1000 US\$ im Jahr.

Doch wie es für eine im Grundsatz kapitalistische Wirtschaft typisch ist, gibt es auch in Vietnam keine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ohne Krisen, und eine solche setzte 2008 ein. Unter anderem führten schwere handwerkliche Fehler der Regierung zu einer Inflation von durchschnittlich rund 25% (wobei einzelne Güter des täglichen Bedarfs im Jahresvergleich bis zu 65% teurer wurden). Man hatte, um ein schnelles und hohes Wirtschaftswachstum zu befördern, die Notenpresse angeworfen und dann „versäumt“, dieses neue Geld wieder aus der Zirkulation herauszuziehen (zu „sterilisieren“, wie es die Ökonomen nennen). Die Folge war, dass die allenthalben zu beobachtenden sozialen Disparitäten, also beispielsweise eine deutliche Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich, eine Differenzierung in reich(er)e Städte und vergleichsweise ärmere Dörfer, soziale

Differenzierungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung, den so genannten ethnischen Kinh, und den so genannten ethnischen Minderheiten, nicht mehr durch ein immer höheres Wirtschaftswachstum kompensiert und der Traum von einem immer ein bisschen besseren Lebens bei vielen VietnamesInnen nachhaltig erschüttert wurde.

Es kam zu wilden Streiks in den Fabriken (legale Streiks sind fast unmöglich) gegen schlechte Arbeitsbedingungen und unzureichende Löhne, zu Demonstrationen enteigneter BäuerInnen die gegen unzureichende Kompensationen ihres Landbesitzes protestierten, Manifestationen von KatholikInnen, die Restitutionsansprüche mit der Forderung nach einer gerechten Gesellschaftsordnung verbanden (und unter anderem eine Reform des Bodenrechts verlangten), zu einer weit verbreiteten allgemeinen Unzufriedenheit auch und gerade mit der Regierung, einem Hadern mit der endemischen Korruption und zu ersten netzwerkförmigen Zusammenschlüssen der Zivilgesellschaft („Block 8406“).

Doch die Weltwirtschaftskrise und die globale Finanzkrise retteten die Regierung. Es strömte sehr viel weniger Geld auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten ins Land und die von der Regierung verhängten Maßnahmen zur Abkühlung einer völlig überhitzten Wirtschaft zeigten erste Wirkung. Im Jahr 2009 verlangsamte sich vor allem die Inflation und der oben genannte Tauschmechanismus konnte wieder greifen. Will heißen, die allermeisten VietnamesInnen konnten wieder ihrem Traum nachjagen, dass es ihnen und ihren Kindern als Ergebnis knochenharter Arbeit immer ein bisschen besser gehen würde, Jahr für Jahr – wenn die KP und die Regierung nur nicht im Weg stehen, sondern solche Träume durch eine solide Wirtschaftspolitik fördern würde.

Die Träume von grundlegenden Reformen, die Teile der Zivilgesellschaft hegten, wurden in dieser Zeit rasch von der Staatsicherheit, der Polizei und einer willfährigen Justiz beendet.

Doch der erneute wirtschaftliche Aufschwung dauerte nicht lange. Spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2010 wurde deutlich, dass der rasche Aufstieg Vietnams vom „Tiger auf dem Fahrrad“ (wie eine der launigen Schlagzeilen in den 1990er-Jahren lautete) zum modernen Industriestaat (ein Ziel, das 2040 erreicht sein soll) nicht ohne erhebliche Probleme zu bewältigen ist: Vietnams Aufschwung erfolgte weitgehend, salopp formuliert, auf „Pump“ – was nicht weiter verwundern sollte und als solches auch nicht zu kritisieren ist.

Was zu kritisieren ist und nunmehr auch von vielen VietnamesInnen kritisiert wird, ist wie das geliehene Geld ver(sch)wendet wurde und wird und wem es in erster Linie zugute kam und kommt. Hierzu muss man wissen, dass das Volumen der ausgelobten Kredite zwischen 2000 und 2010 jährlich um rund 30 Prozent wuchs. Ein großer Teil dieser Kredite wurde benutzt, um an der Börse zu spekulieren und/oder um Land zu kaufen. In der Folge stiegen beispielsweise die Bodenpreise in Hanoi auf bis zu US\$ 10.000 pro qm an – das ist mehr als man in Beijing bezahlen muss.

Und es gibt in Vietnam keine Grunderwerbssteuer, also haben die Städte unmittelbar erst einmal nichts von diesem Boom der Grundstückspreise.

Ende 2010 und in der ersten Jahreshälfte 2011 ist Vietnams wirtschaftliche Bilanz in vielfacher Hinsicht defizitär und die makroökonomischen Probleme und Instabilitäten werden von der Regierung als so schwerwiegend eingeschätzt, dass sie unlängst erstmals ihren Kurs des „Wachstum um jeden Preis!“ aufzugeben versprach und Kurs auf eine makroökonomische Stabilisierung in Aussicht stellte. Man wird sehen, ob die Regierung auch tatsächlich die Macht hat, solche Kürzungen gegenüber den Provinzen wie gegenüber den staatseigenen Betrieben durchzusetzen. Die Ministerien und die Provinzen wurden jedenfalls gedrängt, eine je 10-prozentige Kürzung ihrer Ausgaben vorzunehmen, den staatseigenen Betrieben wurde eine Senkung der Zuschüsse und die teilweise Auszahlung dieser Zuschüsse an die Werktätigen in Aussicht gestellt. Die Zentralbank erhöhte die Zinsen und man versprach, das diesjährige Wachstum der Kredite auf unter 20 Prozent zu senken (gegenüber einem Plus von 28% im Jahr 2010).

Einige besorgniserregende Zahlen seien hier genannt: Die Inflation betrug im April 2011 schon wieder 17,5% (im Jahresvergleich) und sie wird noch weiter steigen, denn unlängst hat die Regierung die im regionalen Maßstab viel zu niedrigen Elektrizitäts- und Benzin-/Diesel-Preise um 15 bzw. 24% erhöht; der Anstieg der Preise ist der höchste seit mehr als 2 Jahren (neben den Transportkosten steigen die Mieten, die Kosten für Baustoffe, die Preise für Nahrungsmittel, aber auch Schulgebühren); das Leistungsbilanzdefizit ist beeindruckend hoch – die fehlenden umgerechnet rund US\$ 13,2 Milliarden sind gleichbedeutend mit rund 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – wobei besonders unangenehm ist, dass 92% des Außenhandelsdefizit dem Handel mit China geschuldet ist; die Neuverschuldung des Staates beläuft sich auf über 6% (zum Vergleich: In Europa schreibt „Maastricht“ 3% vor); die Staatsverschuldung beträgt knapp 60% des Bruttoinlandsprodukts (erneut zum Vergleich: „Maastricht“ schreibt 60% vor); die Schuldendienste des Staates an ausländische Geldgeber verschlingen 12% des Staatshaushalts; die offenen Inlandskredite betragen 120-140% des Bruttoinlandsprodukt (zum Vergleich: In Thailand vor der Finanzkrise von 1997 betragen die offenen Inlandskredite rund 130% des Bruttoinlandsprodukts); die Fremdwährungsreserven sind gering, sie reichen geschätzt nur für 1 bis 1,5 Monate, um die bezogenen Güter und Leistungen aus dem Ausland zu bezahlen; die Landeswährung, der „Dong“, hat seit 2008 rund ein Drittel seines Wertes gegenüber dem Dollar verloren (der „Dong“ ist aber nur einer von drei Landeswährungen, denn daneben wird noch mit dem Dollar und Gold gehandelt) und wurde im Laufe des letzten Jahres viermal abgewertet. Der „Dong“ ist gegenüber dem Dollar auf dem niedrigsten Stand seit 18 Jahren.

Während inflationäre Tendenzen überall in Asien festzustellen sind, sind die Probleme Vietnams besondere: Die Inflation hängt weniger mit dem Zufluss von

spekulativem Geld aus dem Ausland als vielmehr mit einer expansiven Geldpolitik im Inneren, einem immer größer werdenden Leistungsbilanzdefizit und einer chronisch schwachen eigenen Währung zusammen. Es kommen Strukturprobleme der vietnamesischen Wirtschaft hinzu, so zum Beispiel eine auch im regionalen Vergleich sehr geringe Produktivität (gemessen mit dem so genannten ICCOR-Index). Die wirtschaftlichen Probleme engen überdies die Handlungsmöglichkeiten der vietnamesischen Regierung drastisch ein, beispielsweise im Sozial- und Bildungsbereich (der aber ohnehin weitgehend „privatisiert“ ist).

Die Frage der Geldver(sch)wendung kam spätestens Ende 2010 auf die wirtschaftspolitische Tagesordnung, als einer der größten Staatskonzerne, der Schiffsbauer VINASHIN (oder VINASINK, wie man in Vietnam sagt) mit einem Schuldenberg von über 5 Milliarden US\$ knapp am Bankrott vorbei schrammte (andere staatseigene Betriebe mussten helfen und Teile des Firmenimperiums übernehmen, ob sie dies wollten oder nicht). Premierminister Nguyen Tan Dung gestand Fehler bei seinem Bemühen ein, nach dem Vorbild Südkoreas „Chaebols“ (also große, effiziente und im globalen Wettbewerb konkurrenzfähige staatseigene Konzerne) zu schaffen. Er räumte ein, dass man bei der Bildung solcher staatseigener Großkonzerne nicht ausreichend darauf geachtet habe, was diese mit dem vielen billigen Geld machen – man ignorierte, dass staatseigene Betriebe wie beispielsweise VINASHIN viel Geld in lukrativ scheinende Geschäfte jenseits ihres eigentlichen Tätigkeitsfeldes gesteckt und „versenkt“ hatten – beispielsweise bei Immobiliengeschäften und Spekulationen an der Börse.

Die Probleme mit VINASHIN sind aber nur ein Indiz dafür, dass beileibe nicht alle, wohl aber einige staatseigene Betriebe ihre Vorzugsstellung (mit privilegiertem Zugang zu Land, billigem Geld und Regierungsaufträgen) nicht mit einer entsprechenden Produktivität und Abgaben zurückzahlen. Im Gegenteil: Offiziellen Angaben zufolge verwenden die staatseigenen Betriebe rund 45% des vorhandenen Kapitals, generieren damit aber nur 31% der Erlöse. Sie beschäftigen 24% der ArbeitnehmerInnen und erwirtschaften aber nur 35% der Gewinne vor Steuer (zum Vergleich die Zahlen der nichtstaatlichen Betriebe: Diese verfügen über 37% des Kapitals, generieren aber 48% der Erlöse, nur 16% der Gewinne vor Steuer, beschäftigen aber 54% der ArbeitnehmerInnen).

Meine erste These lautet also: Vietnam sieht sich gewichtigen makroökonomischen Instabilitäten und krisenhaften Entwicklungen gegenüber, welche den einen Teil des „stillen Konsenses“ gefährden – nämlich den Teil, der besagt, dass es allen oder jedenfalls den meisten VietnamesInnen Jahr für Jahr wirtschaftlich immer etwas besser gehen soll –, wogegen bislang das Recht auf politische Mitsprache getauscht wurde.

Dies führt mich zur zweiten These, womit ich auf die von Schmidt für die Existenz stabiler Autokratien wichtigen Kriterien „Existenz funktionsfähiger politischer Institutionen“ und „effizientes Regieren“ zu sprechen komme.

Meine zweite These besagt: Vietnams politisch-administratives System ist gekennzeichnet durch das, was man in Deutschland Ende der 60er, Anfang der 70er-Jahre als „Ultrastabilität“ bezeichnet hat. Damit meinte man damals ein politisches System, das gleichsam eingefroren und erstarrt scheint und das dringend der Reformen bedarf. Das politisch-administrative System Vietnams ist im Wesentlichen seit Anfang der 90er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts unverändert. Reformen wären dingend nötig – sie werden aber spätestens seit 2007 tatkräftig verhindert.

Ich behaupte, und das ist der Kern meiner zweiten These, dass das politisch-administrative System Vietnams in seiner derzeitigen Verfasstheit strukturell und vielleicht auch personell nicht dazu im Stande ist, auf ökonomische, soziale, politische und kulturelle Wandlungsprozesse, geschweige denn auf Umbrüche, Proteste und den Wunsch nach Veränderung, flexibel zu reagieren. In vielem erscheint es als ein Anachronismus und aus einer anderen Zeit zu stammen; den Erfordernissen einer „modernen Industriegesellschaft“ (die Vietnam zu werden sich anschickt) gegenüber ist es wenig angemessen und mit verschiedenen Anforderungen, die an ein solches System aus einer sich entwickelnden „modernen Industriegesellschaft“ heraus gestellt werden, ist es offensichtlich überfordert.

Hier mag der Hinweis auf das fehlende Streikrecht und auf unzulängliche betriebliche Mitbestimmungsrechte sowie fehlende Verwaltungsgerichte genügen. Solche Mängel führen beispielsweise dazu, dass betriebliche Auseinandersetzungen zu so genannten wilden Streiks führen oder Entscheidungen der lokalen Behörden nur auf der Straße widersprochen werden kann – eben weil es keine angemessenen Streitschlichtungsverfahren und -instanzen gibt.

Aber auch das „unitarische“ Staatsverständnis mag man in diesem Zusammenhang als problematisch, wenn nicht unzureichend ansehen. Im Rahmen eines solchen Staatsverständnisses kommt den unterschiedlichen Staatsorganen (Regierung, Nationalversammlung, Justiz) jeweils eine bestimmte Aufgabe zu. Die unterschiedlichen „Arme“ sollen sich unterstützen, nicht gegenseitig kontrollieren oder gar gegeneinander arbeiten. Die Vorstellung eines Systems von „checks and balances“ und einer Gewaltenteilung wird unter Bezug auf dieses alternative Modell abgelehnt. Dieses „alternative“ Modell setzt auf Konsens. Konflikte und Strukturen, die die Austragung und Regelung solcher Konflikte ermöglichen, sind nicht vorgesehen.

Eine implizite Voraussetzung solchen konsensorientierten Denkens ist, dass sich Interessen immer miteinander versöhnen und Konflikte auf diese Weise vermeiden lassen. Diese Ansicht teile ich nicht. Ich sehe Konflikte vielmehr als integrale Bestandteile des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Und ich folge dem liberalen Soziologen Ralf Dahrendorf, der in der Aversion gegen Konflikte einen „Grundzug autoritären politischen Denkens (sieht, JW), dessen Praxis allemal nicht nur mit der Kontrollierbarkeit des Wandels, sondern auch mit der Freiheit der

Bürger bezahlt wird“. Ähnlich, wenn auch im Grundsatz anders begründet, argumentiert die marxistische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe. Sie weist darauf hin, dass, wer die dem Politischen grundsätzlich innewohnenden Gegensätze leugnet, solche nur durch autoritäre Mittel miteinander „versöhnen“ oder scheinbar „ausgleichen“ kann.

Genau dies ist in Vietnam zu beobachten: Wenn Interessensgegensätze im politischen und gesellschaftlichen Streit sichtbar werden, wenn Konflikte aufbrechen und diese in geeigneten Strukturen und Institutionen offen ausgetragen werden müssten, dann geschieht solches meistens nicht. Vielmehr weicht man Konflikten aus oder versucht sie zu unterdrücken und schlussendlich wird dann „oben“ oder jedenfalls durch diejenigen, die „Verantwortung tragen“, eine Entscheidung getroffen und diese dann mit aller Kraft auch durchzusetzen versucht.

„Oben“ wie „unten“ wird dabei im Kollektiv und im vorgeblichen Konsens entschieden. „Kollektive Führung, individuelle Verantwortlichkeit“ heißt dieses Führungs- und Entscheidungsprinzip des Demokratischen Zentralismus. Die Minderheit hat danach zu schweigen, in der Partei wie außerhalb, so schreibt es der Demokratische Zentralismus vor, der nach wie vor die innerparteilichen und die staatlichen Entscheidungsprozesse beherrscht.

Die einzige Antwort, die „der Apparat“ zumindest seit 2007 auf abweichende Meinungen, Wünschen nach einem Mehr an politischer Partizipation und Vorschlägen zur Reform des bestehenden politisch-administrativen Systems bereit hält, sind drakonische Strafen. Ein Komplex aus Partei-, Staatssicherheit-, Polizei- und Justizapparat ist augenscheinlich dazu bereit, drakonische Strafen über diejenigen zu verhängen, die es wagen, laut zu denken und ihr Denken in Kommentaren im Internet kundzutun oder sogar Aufrufe verbreiten und sich anschicken, unabhängige politische oder betriebliche Organisationen zu gründen.

Nach meiner Ansicht bedeuten die seit 2007 verstärkt zu beobachtenden Verhaftungen prominenter Rechtsanwälte, Blogger, Geschäftsleute und solcher Aktivisten, die unabhängige Parteien und Gewerkschaften zu gründen versuchten, dass man auf Seiten der Herrschenden nicht gewillt ist, selbst moderaten Wünsche nach Veränderungen, wie dem Wunsch nach einer unabhängigen(re)n Justiz, nachzugeben, geschweige denn, dass man politische Reformen (beispielsweise ein Mehrparteiensystem) und freie Wahlen auch nur in Erwägung zieht. Die Verhaftungen und Inhaftierungen implizieren aber auch das Ende nahezu jeder öffentlichen Diskussion über politisch-administrative Veränderungen und Reformen.

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass im Unterschied zum 10. Parteitag (der 2006 stattfand) vor dem 11. Parteitag, der im Januar 2011 tagte, nahezu keine öffentliche kontroverse Diskussion über den politischen Bericht des Zentralkomitees der KPV und andere Dokumente stattfand. In Hanoi, so sagten mir Beobachter, herrsche tiefe Frustration auch unter all denjenigen GenossInnen und den der Partei Nahestehenden, die noch vor einigen Jahren von der Notwendigkeit und der

Möglichkeit einer Vertiefung der Politik der Erneuerung („doi moi II“) gesprochen und dafür innerhalb und außerhalb der KP gestritten hatten. Ende 2010/Anfang 2011 breitete sich eine bleierne Stille in Hanoi aus. In Ho-Chi-Minh-Stadt oder Saigon spielen solche politischen Diskussionen ohnehin eine sehr viel geringere Rolle.

Und so zeigen die beiden sonst so unterschiedlichen Landesteile mehr und mehr Gemeinsamkeiten: In einer weitgehend atomisierten Gesellschaft Vereinzelter kämpft jeder um wirtschaftliche, soziale und andere Verbesserungen für sich, seine Familienangehörigen oder Verwandten, nach dem Muster „Rette sich wer kann!“ Es gibt offenbar immer weniger allgemein verbindliche Regeln oder die Regeln gelten jeweils nur für die anderen, nicht für sich selber, die eigene Familie und weitere Verwandte.³ Dabei bleibt eine öffentliche Diskussion über notwendige politische Reformen auf der Strecke.

Was mich zu meiner zweiten These zurück bringt: Vietnams von mir als „ultrastabil“ bezeichnetes politisch-administratives System ist offensichtlich unfähig, auf Widerspruch anders als mit drakonischen Strafen und Einschüchterungen zu reagieren.

Dieses politisch-administrative System ist vielleicht geeignet, in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums und scheinbar geringer politischer Partizipationswünsche ein gewisses Maß an Stabilität zu ermöglichen. Es kann dies in dem Maße tun, in dem Widersprüche und Interessengegensätze mit wirtschaftlichen Mitteln wenigstens vorübergehend still gestellt und kritische Geister auf die unterschiedlichsten Arten kooptiert werden können; die noch verbleibenden Gegner werden dem „Schild und Schwert der Partei“, also dem Sicherheitsapparat, sowie der Justiz überlassen, ohne dass man größere Proteste zu gewärtigen hätte.

In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten, wenn es also nicht mehr möglich ist, Widersprüche durch wirtschaftliche Fortschritte zu kompensieren, und in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Beteiligungswünsche, kommt ein solches Modell an seine Grenzen. Seine „Ultrastabilität“ wird ihm zum Verhängnis.

Ist das politisch-administrative System Vietnams an einer solchen Grenze angelangt? Ich neige zu der Annahme, dass dies noch nicht der Fall ist.

Noch haben die allermeisten VietnamesInnen „besseres zu tun“ als ein Mehr an politischer Beteiligung zu fordern, um Carl Robinson, einen Korrespondenten von „Associated Press“ aus Zeiten des Vietnamkrieges zu zitieren. Sie kämpfen um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Die in diesem Zusammenhang von Robinson zumindest implizit unterstellte These einer weit verbreiteten politischen Interesselosigkeit oder gar Apathie würde ich nicht teilen. Dagegen spricht nicht allein die Zahl von mehr als 400 politischen Gefangenen, die derzeit in Vietnams Gefängnissen einsitzen. Dagegen spricht auch

³ Diese Beobachtung stammt von Carl Robinson.

die hohe Zahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die es beispielsweise allein in Ho-Chi-Minh-Stadt und Hanoi gibt.⁴

Jedoch, so vermute ich und dies ist meine abschließende dritte These, haben viele, wenn nicht die meisten VietnamesInnen Angst davor, vieles oder gar alles in revolutionären oder anderen Wirren zu verlieren, was man sich in sehr harter Arbeit und unter vielen Schwierigkeiten in den letzten 20 Jahren erarbeitet hat. Und deswegen zeigen viele immer noch eine bemerkenswerte Bereitschaft, politische Entmündigung gegen die Aussicht auf weitere wirtschaftliche Verbesserungen und ein späteres „Leben in Würde“ zu tauschen.

In diesem Kampf um wirtschaftliche und Verbesserungen des eigenen und des Wohlergehens der Familie gab es bislang mehr SiegerInnen als VerliererInnen.

Wenn sich dies jedoch ändert, weil die Regierung nicht dazu imstande ist, die wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft positiv zu gestalten, und wenn dann in einer wirtschaftlich wie politisch krisenhaften Situation ein politisch-administratives System gefordert ist, Widersprüche zu moderieren, und es dies nicht kann oder solches gar nicht gewollt wird, dann gibt es nur noch eine Möglichkeit: Den radikalen Umsturz der bestehenden Verhältnisse.

Die Alternative dazu wäre ein schrittweiser Umbau des politisch-administrativen Systems. Dazu hätten die Machthaber in Vietnam einen Partner in der wachsenden Zivilgesellschaft. Dass man diese bislang eher für einen Gegner hält, verheißt nichts Gutes.

Und so lautet meine zusammenfassende, abschließende These: Vietnam ist makro-ökonomisch instabil, politisch „ultrastabil“ und es verfügt über wenig Steuerungs- und Handlungsressourcen, wenn auf der Straße außer „Brot“ auch noch „Würde“ verlangt wird – so wie es in Tunesien geschah.

⁴ Ein deutsch-vietnamesisches Forschungsteam, dem der Autor angehört, identifizierte 2009 rund 1400 zivilgesellschaftliche Organisationen in diesen beiden Städten.